

@schlieren



Unsere Demokratie – Stabilität in der Krise

Aufgrund der Corona-Massnahmen und damit einhergehenden Einschränkungen werden Stimmen laut, die unsere Demokratie in Gefahr sehen. Was steckt dahinter?

«Die Verfassung wurde ausgehebelt, Grundrechte verletzt und eine Diktatur eingeführt!» So und ähnlich tönt es in gewissen Kreisen. Es scheint, als hätte die Pandemie unser Demokratieverständnis auf die Probe gestellt. Kritisiert wird dabei besonders der Bundesrat.

Die Rolle des Bundesrats

Um nach dem Ausbruch der Pandemie rasch handeln zu können, erklärte der Bundesrat im März 2020 die «ausserordentliche Lage». Er stützte sich dazu auf das Epidemiegesetz, das im Jahr 2013 von 60 Prozent der Stimmbewölkerung angenommen wurde und den Erlass von Notverordnungen erlaubt. Diese sind auf sechs Monate befristet, zur Fortführung braucht es eine gesetzliche Grundlage. Dazu erarbeitete das Parlament das Covid-19-Gesetz, das wir im Juni 2021 angenommen haben und worüber wir im November erneut abstimmen werden. Soweit verlief alles nach den von uns demokratisch mitbe-

stimmten Regeln.

Schutz der Gesundheit und unsere Grundrechte

Ein weiterer Kritikpunkt ist die massive Einschränkung unserer Grundrechte. Es ist wichtig zu verstehen, dass Grundrechte nicht uneingeschränkt gelten und die Sicherung der öffentlichen Gesundheit mit unseren Grundrechten in einer Pandemie kollidieren kann. Die verschiedenen Interessen müssen sorgfältig abgewogen und erst dann Entscheidungen getroffen werden. Diese können kritisiert oder abgelehnt werden. Daraus zu folgern, dass wir uns einer Diktatur annäheren, scheint aber mehr als gewagt. Unsere Demokratie und Verfassung sind grosse Errungenschaften, die zum Glück auch in einer solch schwierigen Zeit stabil sind.

Wahlen in Schlieren

Unsere Demokratie ist nicht in Gefahr! Genau deswegen ist es wichtig, dass

und wen Sie wählen, geschätzte Leser*innen. Denn Demokratie heisst nicht nur mitbestimmen. Demokratie bedeutet auch ein gewisses Mass an Vertrauen. Vertrauen in die Personen, die Sie in der Regierung oder im Parlament vertreten. Im nächsten Jahr sind Wahlen in Schlieren. Wählen Sie Menschen, die Ihre Interessen vertreten können und wollen.

Leila Drobi ■

Interview mit
Moritz Wyss, dem
Generalsekretär
des Kantonsrats

«Die Idee des Parlaments als demokratische Institution hat eine friedensstiftende Funktion.»

In unserem Interview erklärt Moritz von Wyss, Generalsekretär des Kantonsrates Zürich, die Aufgaben der Parlamentsdienste und des Kantonsrats, welche Bedeutung ihnen in Krisenzeiten zukommen und worin die Herausforderungen bestehen.

Sie sind Generalsekretär des Zürcher Kantonsrates und Leiter der Parlamentsdienste. Was ist die Aufgabe des Parlamentsdienstes?

Wir sorgen dafür, dass der Laden im Hintergrund läuft. Wir kümmern uns um alles, damit sich die Politikerinnen und Politiker auf die Politik konzentrieren können. Unsere Aufgaben sind sehr vielfältig. Wir organisieren zum Beispiel die Sitzungen und bereiten diese vor. Wir dokumentieren die Ratsmitglieder, stellen während den Sitzungen sicher, dass das Verfahren einheitlich angewendet wird und beraten die Präsidien und Kommissionen in der Vorgehensweise. Zudem protokollieren wir, halten die Beschlüsse fest und veröffentlichen diese nach den Sitzungen. Wir stehen auch den Medien zur Verfügung, organisieren Anlässe und Empfänge und bieten für Schulen Führungen im Rathaus und Planspiele an. Dass wir im Hintergrund wirken, ist sehr wichtig, deshalb mögen wir auch die Bezeichnung «Parlamentsdienste» sehr. Dienerinnen und Diener agieren immer im Hintergrund, möglichst lautlos.

Für was ist der Kantonsrat zuständig?

Man kennt drei wichtige Kompetenzen des Parlaments: Gesetzgebung, Oberaufsicht, Finanz- und Budgethoheit. In den letzten Jahren hat sich dieses Gewicht stark von Gesetzgebung und Finanzen zur Oberaufsicht verschoben. Das ist zwar gut, aber insofern schade, als die Gesetzgebung immer noch das eigentliche Gestaltungsinstrument des Parlaments ist.

Hat das Parlament mehr oder weniger Macht als früher?

Die kantonalen Parlamente haben an Macht eingebüsst. Die Kantone

und damit auch der Kantonsrat verlieren immer mehr Kompetenzen, weil die grossen Fragen auf Bundesebene geregelt werden. Dafür werden die kommunalen Interessen wichtiger. Die Gemeinden sind nah an der Basis und haben so einen direkteren Zugang zur Bevölkerung.

Zudem verschieben sich die Gewichte aufgrund moderner Organisationsformen, die aus den Wirtschaftswissenschaften stammen und bei denen die Politik und insbesondere das Parlament gerne vergessen gehen; «New Public Management» oder «Public Corporate Government» sind die Stichworte. Es liegt allerdings am Parlament, selbstbewusst seine Position zu fordern.

Was sind Kommissionen und welche Bedeutung haben sie für den Gesetzgebungsprozess?

Der Kantonsrat setzt sieben Sachkommissionen und fünf Aufsichtskommissionen als ständige Kommissionen ein. Darunter sind beispielsweise die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit oder die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit. Die Aufsichtskommissionen dienen der parlamentarischen Kontrolle. Die Sachkommissionen beraten Vorlagen der Regierung oder parlamentarische Initiativen vor und strukturieren die Beratung im Plenum. Sie sind vor allem auch wichtig, weil innerhalb der Kommissionen ein sachlicher Austausch

der Parteien entsteht und Kompromisse zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern gefunden werden können.

Wie wichtig ist das Parlament und die Parlamentarier*innen als Volksvertretende?

Die Idee des Parlaments als demokratische Institution hat eine friedensstiftende Funktion. Politische Kontrahenten werden verpflichtet, in einem geordneten Verfahren an der Entscheidungsfindung teilzunehmen. Das Parlament bildet einerseits eine Schnittstelle, bei der Politik in staatliches Handeln umgesetzt wird, und andererseits ein Verbindungsglied zwischen staatlichem Handeln und Politik. In dieser Vermittlungsrolle gibt das Parlament Impulse. Es nimmt auf, was die Gesellschaft bewegt und führt diese Themen in die Politik über.

Die Gesetzgebung ist eine elementare Aufgabe jedes Parlaments. Sie hat in den letzten Jahren stark an Komplexität gewonnen. Die Mitglieder des Kantonsrates sind alle nebenamtlich tätig. Wo sehen Sie die Herausforderungen?

Die Gesetzgebung ist komplexer geworden – wie unser Leben auch. Ich zweifle deshalb nicht daran, dass Parlamentsmitglieder komplexe Gesetzgebungsprojekte behandeln können. Diesen komplexen Gesetzgebungsprojekten müssen jedoch verständliche Gesetze entspringen. Verständlichkeit ist wichtig in unserer direkten Demokratie.

Das Hauptproblem sehe ich aber woanders: Es ist immer weniger Zeit für die Politik und die parlamentarische Arbeit



Dr. Moritz von Wyss ist Generalsekretär des Kantonsrates Zürich und Lehrbeauftragter für Parlamentsrecht an der Universität Bern.

vorhanden. Wir leben in einer arbeitsteiligen Wirtschaftswelt, in welcher auch die Politik professionalisiert wird. Unser gesellschaftliches Leben ist viel aufwendiger geworden und die Menschen sind sehr vielfältig engagiert. Die Herausforderung ist deshalb, dass sich die Parlamentsmitglieder genügend Zeit für die Parlamentstätigkeit herausnehmen können.

Was ist die Rolle des Parlaments in Krisenzeiten? Inwiefern kann ein Parlament in Situationen wie einer Pandemie stabilisierend wirken?

Die Pandemie hat auch das politische Leben teilweise auf Eis gelegt. Dies schafft Verunsicherung. Der Zürcher Kantonsrat war das erste Parlament in der Schweiz, das explizit daran festhielt zu tagen. Ihm war es wichtig, dass die demokratische Mitbestimmung auch in der Krise wahrgenommen wird und

nicht nur die Exekutive, also die Regierung, entscheidet. Dem kommt auch ein symbolischer Charakter zu – das Parlament ist in Krisenzeiten stabil. Im Nachgang lässt sich feststellen, dass sich das Vorgehen bewährt hat, konnte man doch schnell und demokratisch legitimiert entscheiden, und das, ohne virtuell zu tagen.

Wir sind in Schlieren auf Gemeindeebene tätig und haben keinen Parlamentsdienst. Was würden Sie davon halten, Parlamentsdienste auch in Schlieren einzuführen? Welchen Nutzen hätte dies für das Gemeindeparlament, aber auch für die Bürger*innen von Schlieren?

Die Errichtung eines Parlamentsdienstes kann verschiedene Gründe haben. Einerseits wurden Parlamentsdienste immer dann eingesetzt, wenn die Parlamente ein ganz bestimmtes Bedürfnis nach Unabhängigkeit hatten; sei es unabhängige Traktandierung, Dokumentierung oder Rechtsauskünfte. Es kann aber auch um eine Professionalisierung der Parlamentsarbeit gehen und der Entlastung der Parlamentarier*innen und des Sekretariats dienen. Für die Bürger*innen sind die Parlamentsdienste oft ein Ansprechsort, um direkt

«Die Herausforderung ist, dass sich die Parlamentsmitglieder genügend Zeit für die Parlamentstätigkeit herausnehmen können.»

zu ihren Ratsmitgliedern zu gelangen. Es geht also um die Bedürfnisse der Gemeinde, welche darüber entscheiden, ob die Errichtung eines Parlamentsdienstes Sinn ergibt. Für mich natürlich, macht es das immer (lacht).

Interview: Leila Drobi ■

Haben Sie gewusst, dass...

... mit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 die Gewaltenteilung eingeführt wurde? Sie stellt sicher, dass sich die Macht auf die drei Gewalten, Exekutive, Legislative und Judikative verteilt und Kontrollmöglichkeiten bestehen. Die Regierung stellt die Exekutive dar, das Parlament die Legislative und die Gerichte sind die Judikative.

... die Schweiz seit 1848 das obligatorische Verfassungsreferendum kennt? Dies hat zur Folge, dass bei einer Änderung der Verfassung die Mehrheit der Stimmbevölkerung und der Kantone zustimmen muss. Die Verfassung ist damit sehr stark geschützt.

... «New Public Management» und «Public Corporate Government» für moderne Organisationsformen stehen, die aus der Privatwirtschaft stammen? Diese sollen den Staat reformieren und mehr Effizienz bringen. Die Umsetzung ist jedoch sehr komplex, da der Staat in vielen Bereichen anders funktioniert als ein privatwirtschaftliches Unternehmen.

... eine Technokratie bedeuten würde, dass eine Regierung ihre Gesetze nur auf wissenschaftlichen und technischen Argumenten basiert? Dabei würden demokratische Prozesse ausser Acht gelassen.

Kolumne



Pascal Leuchtmann, Ressortvorsteher Sicherheit und Gesundheit im Stadtrat Schlieren

Wenn besorgte Schlieremer/innen mich als Stadtrat für Sicherheit und Gesundheit direkt anfragen, dann hat das meistens eine lange Vorgeschichte. Zum Beispiel hat der laute Schlag der Kirchenuhr schon tausend mal genervt. Oder Kinder betätigten das Haustür-Ding-Dong zum hundertsten Mal ohne Grund. Manchmal sind es auch die lauten Ghettoexplaster, die regelmässig abends um sechs – oder auch später – die Feierabendruhe stören. All dies sind ärgerliche Umstände, und es müsste doch einen Weg zum Besseren geben. Weil solche Beschwerden meistens schriftlich eingereicht werden, liegt es auf der Hand, ebenfalls den schriftlichen Weg zu wählen für die Beantwortung. Doch das ist keine gute Idee. Im direkten Gespräch kann nämlich die Sachlage viel besser geklärt werden. Nur wenn ich ganz genau weiss, wo der

Schuh drückt, kann ich vielleicht helfen. Manchmal nicht einmal dann. Denn Hilfe für den einen heisst manchmal Einschränkung für andere. Dann gilt es sorgfältig abzuwägen. Glockenschlag und Tradition gegen legitimes Ruhebedürfnis. Jugendlicher Übermut gegen arbeitsgestresste Reizbarkeit. Drängt man das Bedürfnis des einen zu sehr zurück, droht von der anderen Seite der Rekurs wegen Freiheitsberaubung.

Kürzlich erhielt ich von einer Frau eine erboste Reklamation wegen einer angeblich falsch ausgestellten Parkbusse. Meine internen Recherchen ergaben, dass tatsächlich ein Fehler passiert war. Ein Fall mit Happyend also, die Dame konnte den Einzahlungsschein zum Altpapier legen. Natürlich freut es mich, Freude bereiten zu können. Als vom Volk gewählter Vertreter der Staatsobrigkeit bin ich aber strikt dem Gesetz verpflichtet. Dies ist ein zentrales Element unserer Demokratie. Und mündet meist im Mittelweg. Die Kirchenglocken in Schlieren schlagen daher im gutschweizerischen Kompromiss nicht mehr wie früher im 24/7-Rhythmus, sondern schweigen von abends zehn bis morgens um sieben. Und nerven damit die einen und erfreuen die anderen.

Abstimmungen vom 28. November 2021

Bundesvorlagen

Ja zur Pflegeinitiative

Nein zur Justiz-Initiative

Ja zum Covid-19-Gesetz

Kantonale Vorlagen

Ja zum Energiegesetz

Impressum

Auflage: 9800 Exemplare
Herausgeberin: SP Schlieren
Heimeliweg 8
8952 Schlieren

praesidium@spschlieren.ch

Redaktion:
Leila Drobi, Pascal Leuchtmann

www.spschlieren.ch
www.facebook.com/spschlieren



Schlieren braucht
– bessere Velowege
– bezahlbare Wohnungen
– lebendige Quartiere

MARKUS BÄRTSCHIGER
Stadtpräsident

PASCAL LEUCHTMANN
Stadtrat

